

AKTUELL

AKTIONSTAG GEGEN CETA

Welthandel, aber anders!

Raymond Klein

In Deutschland findet im Vorfeld der Landtagswahlen wieder eine Mobilisierung gegen CETA statt. In Luxemburg wird die Zivilgesellschaft bis auf Weiteres von der Vier-Parteien-Koalition abseviert.

Ist CETA noch zu stoppen? Bevor das umstrittene Handelsabkommen mit Kanada integral angewendet werden kann, muss es von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Am luxemburgischen Parlament dürfte CETA kaum scheitern - die vier großen Parteien äußern sich bestenfalls vorsichtig kritisch und lassen sich damit alle Möglichkeiten offen. Doch in Deutschland muss das Abkommen nicht nur den Bundestag, sondern auch den Bundesrat passieren. Auf ein Veto des letzteren spekulieren deutsche Globalisierungskritiker*innen und rufen - im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern und Hessen - zu einem Aktionstag am Samstag, 29. September auf.

Zwischen Trump und Amboss

Der Aufruf wurde vom Netzwerk Gerechter Welthandel initiiert. Die Struktur, deren Name eine positive Ausrichtung suggeriert, entstand 2017 aus dem Zusammenschluss der beiden deutschen Bündnisse „TTIP unfairHandelbar“ und „CETA & TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“. Am Samstag sollen in möglichst vielen Städten und Gemeinden kreative Aktionen gegen CETA und andere Handelsabkommen stattfinden.

Ziel ist es insbesondere, Druck auf die fortschrittlichen Parteien auszuüben. „Vor allem von den Grünen und der Linkspartei, die sich auf Bundesebene gegen CETA ausgesprochen haben, erwarten wir, dass sie bei einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene im Bundesrat sicherstellen, dass das jeweilige Bundesland gegen das Abkommen stimmt oder sich enthält.“ Wie Attac-Deutschland, Mitglied des Netzwerks, berichtet, haben sich in Bayern zusätzlich zu diesen beiden Parteien auch die SPD und die Freien Wähler gegen CETA ausgesprochen.



Der Aufruf wiederholt die bekannten Kritikpunkte am CETA: Bedrohung der Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, unzureichender Schutz von Arbeitnehmerrechten, Einführung einer Investitionsschutz-Paralleljustiz. Klar ist aber auch, dass die Globalisierungskritiker*innen vor neuen Herausforderungen stehen: „Seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten erwecken Bundesregierung und EU-Kommission den Eindruck, als gäbe es nur noch die Alternative zwischen radikaler Freihandelspolitik und rechtspopulistischer Abschottung.“ Das Netzwerk Gerechter Handel will für einen dritten Weg stehen: „eine gerechte, soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft im Interesse der Menschen, nicht der Konzerne“.

Auch in Luxemburg wird sich die Bewegung gleichermaßen von nationalistischen Populist*innen und von „weltoffenen“ Neoliberalen abgrenzen müssen. Vielleicht kann sie sich von der symbolischen Namensänderung in Deutschland inspirieren, um ihre Botschaft besser an die Menschen heranzutragen. Jedenfalls haben im Frühjahr alle im Parlament vertretenen Parteien - außer Déi Lénk - die Aufforderung der Plattform „Stop CETA & TTIP“ ignoriert und nichts getan, um das Freihandelsabkommen Jefta mit Japan zu verhindern (Online-woxx: woxx.eu/jefta). Die Plattform wird weiterhin sensibilisieren und informieren müssen. Da ist es vielleicht gerade hilfreich, dass - durch Trump - das Thema Welthandel auf dramatische Weise wieder Teil der politischen Aktualität ist.

SHORT NEWS

Luxemburgische Flagge für Aquarius 2?

(tj) - Gesetzliches Verbot der Inhaftierung Minderjähriger in Schrassig, Reform des Vormundschaftsgesetzes, stärkere Teilhabe der Zivilgesellschaft an politischen Debatten und die Möglichkeit, auch im Alter von 18 bis 25 Jahren den Revenu d'inclusion sociale (Revis) zu beziehen - das sind einige der Forderungen, die die Menschenrechtsliga an künftige Regierungsmitglieder stellt. Ferner ruft die Organisation dazu auf, das Rettungsschiff „Aquarius 2“ unter Luxemburgischer Flagge fahren zu lassen. Panama hatte dem von SOS Méditerranée und Ärzte ohne Grenzen betriebenen Schiff vor kurzem die Flagge und damit seine Zulassung entzogen, nachdem Italien Druck auf das kleine Land ausgeübt hatte. Dass die Regierung der Forderung der Menschenrechtsliga nachkommen wird, ist jedoch unwahrscheinlich. Das Schiff unter Luxemburgischer Flagge fahren zu lassen, würde eine Reihe an Verantwortungen mit sich bringen, erklärte Außenminister Jean Asselborn Radio 100,7 gegenüber. Eine bessere Lösung bestünde darin, die Flüchtlinge gerecht auf alle Mitgliedsstaaten zu verteilen. Genau dies jedoch stellte sich erst jüngst beim EU-Gipfel in Salzburg erneut als völlig unrealistisch dar. Die „Aquarius 2“ war das letzte zivile Rettungsschiff, das auf dem Mittelmeer zwischen Afrika und Europa noch seinen Dienst versah. Die Luxemburgische Regierung rechnet vermutlich nicht zu Unrecht damit, dass mit der Vergabe der Flagge auch die politische Verantwortung für das weitere Schicksal der Geretteten käme.

Sans invitation

(fb) - Comme rapporté sur notre site internet mercredi, une affiche du parti démocratique DP, recouverte d'un tag antisémite, a été localisée à proximité du rond-point Gluck à Luxembourg-ville. Le woxx a été l'un des premiers et seuls médias à réagir à cet acte haineux et à proposer aux représentant-e-s des principaux partis de réagir et d'exprimer leur indignation. Plutôt que de critiquer les choix éditoriaux de nos collègues journalistes ou la décision de certains de taire cet événement-ci ou un autre pour ne pas avoir à faire de la publicité aux racistes et antisémites, il est peut-être utile de se poser la question de savoir si la classe politique aurait ou non réagi à cet acte par elle-même - sans invitation -, de surcroît quand il s'agit d'exprimer son soutien à un-e candidat-e d'un autre parti en pleine campagne électorale. L'autre question étant de savoir si elle devrait le faire. Nous pensons que oui. Car comme ses voisins, le Luxembourg porte la lourde responsabilité d'avoir aidé l'occupant nazi à persécuter les Juives et Juifs sur son territoire, entraînant la mort d'environ 2.500 personnes ainsi que la destruction de la vie et de la communauté juive locale. Par conséquent, nous estimons important que les représentant-e-s politiques de tous bords réagissent promptement, sans y être invité-e-s, à ce genre d'acte en le condamnant, et de préférence en rappelant le contexte historique dans lequel ils viennent s'inscrire. Car à travers les personnes visées par le tag de jeudi, c'est toute une communauté qui l'est. Et c'est à elle que nos dirigeant-e-s doivent exprimer leur soutien.

online

Bananen und Klagen

Affaire glyphosate : Séquelles et précautions - Luxemburg hat nun auch seine Glyphosat-Affäre: Ein Gärtner, der an Krebs erkrankt ist, klagt gegen den Hersteller Monsanto. woxx.eu/glypho
Éducation nationale : Quand le ministre invite - Bildungsminister Claude Meisch hat sich dazu entschlossen, die Schüler*innen des „secondaire général“ höchstselbst über die nicht so neuen „Neuerungen“ bei der Examensprozedur zu informieren. woxx.eu/meisch

Mit Bananen für Menschenrechte und gegen Pestizide - Die NGO Fairtrade Lëtzebuerg versucht, Unternehmen dazu zu bewegen, lediglich Fairtrade-Bananen anzubieten. Das könnte auch gesundheitliche Vorteile bieten. woxx.eu/bananen
 Freitags um 18 Uhr senden wir auf Radio Ara (102,9 und 105,2 MHz) „Am Bistro mat der woxx“ und erklären die Hintergründe des wöchentlichen Thema-Artikels. Wer die Sendung verpasst hat, findet sie als Podcast auf woxx.lu zum Nachhören.